

## **Moderation / Sprecher**

Wir haben anlässlich des Treffens der Bündnispartner auch den Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes interviewt, was die bisherigen Bemühungen der Landesregierung für ihn bedeuten. Um es vorauszuschicken: Für Hans-Werner Lange ist der vorliegende Gesetzentwurf eine Mogelpackung:

## **Interview: Hans-Werner Lange, BVN-Geschäftsführer zum NBGG**

*Herr Lange, wo setzt denn ihre Hauptkritik am Entwurf für das Behindertengleichstellungsgesetz an?*

Also die Hauptkritik ist für uns, dass der Lebensbereich, der für die behinderten Menschen wichtig ist, d.h. das Leben in den Kommunen, Städten und Gemeinden, bei dieser Gesetzgebung völlig außen vorgelassen ist. Von Seiten des Landes wird natürlich das Konnexitätsprinzip herangezogen, aber ich sage ganz deutlich, Konnexität heißt ja nicht, dass man sich nicht mit den Kommunen über eine Kostenverteilung einigen könnte. Und ich bin schon der Auffassung, die Kommunen gehören unbedingt mit ins Boot, damit dieses Gesetz tatsächlich die Verbesserung im täglichen Leben bringt, die die behinderten Menschen sich davon erhoffen.

*Was wollen Sie denn in jedem Fall erreichen?*

Auf jeden Fall wollen wir erreichen, dass ein Gesetz dabei herauskommt, was ihre Lebensbedingungen nachhaltig verbessert, sie gleichstellt mit nichtbehinderten Menschen und Barrieren, die wir in Niedersachsen ja in vielfältiger Weise auch heute noch haben, tatsächlich auch abgebaut werden.

*Ein Beispiel vielleicht?*

Drastisches Beispiel jetzt aus dem Bereich der blinden Menschen: Die meisten Internetauftritte des Landes sind für blinde Menschen nicht barrierefrei zugänglich. D. h. die Blinden können sich, anders als die sehenden Bürger des Landes Niedersachsen, die Informationen, die über die Landesstellen im Internet veröffentlicht werden, nicht in gleicher Art und Weise zugänglich machen, wie das nichtbehinderte Menschen können.

*Und über das Internet hinaus?*

Da regelt das Gesetz natürlich viele Dinge, z. B. die Mitnahme von Hilfsmitteln. Das könnte ein Rollstuhl sein. Für blinde Menschen ist das aber z.B. auch der Führhund. Da beschreibt man das in der Gesetzesbegründung sehr gut, wie notwendig und wichtig solche Hilfsmittel sind, aber dann im Gesetz selber schreibt man unbestimmte Rechtsbegriffe, um dann wieder auszuhebeln, dass man tatsächlich diesen Hund auch mitnehmen kann. Das heißt, das ist im Grunde genommen eine Mogelpackung, die den Menschen da offenbart wird.

*Sie kritisieren ja ganz besonders die zu geringen Verbesserungen für Blinde im Hinblick auf Wahlen?*

Ja, das Gleichstellungsgesetz regelt Änderungen in der niedersächsischen Wahlordnung. In dieser Wahlordnung soll zukünftig vorgesehen werden, dass mindestens ein Wahltisch für Rollstuhlfahrer unterfahrbar ist. Aber es ist z.B. völlig vergessen worden, dass für blinde Menschen es auch die Möglichkeit geben muss, zur Durchführung einer eigenständigen Wahl, auch Schablonen zu nutzen. Die kosten natürlich ein bisschen Geld, und weil sie ein wenig Geld kosten, hat das Land diese Regelung völlig aus der Gesetzgebung außen vorgelassen. Das heißt, blinde Menschen werden, nachdem es ein Gleichstellungsgesetz gibt, in der dann vorliegenden jetzt vorliegenden Form, auch zukünftig nicht in der Lage sein, selbstständig ihre Stimme im Rahmen, z. B. der Landtagswahl abgeben zu können. Und da gibt es Erfahrungen in vielen anderen Bundesländern, dass das sehr wohl möglich ist, und zwar ohne das es große Summen kostet, und wir gehen davon aus, dass bei einer üblichen Nutzung einer solchen Schablone wir innerhalb des Landes Niedersachsen bei einer Landtagswahl auf Kosten von 10-15000 Euro kommen werden., Und das ist natürlich eine Kostengröße, die ich finde ,wenn man die gesamten Wahlkosten für eine Landtagswahl sich anguckt, dann ist es eher ein sehr geringer Betrag.

*Die Behinderten- und Sozialverbände vermissen den eindeutigen Auftrag, geschlechtsspezifische Benachteiligungen von Frauen mit Behinderungen zu beseitigen?*

Das kommt den Frauen natürlich zu kurz, in der Begründung, aber auch in dem eigentlichen Gesetzestext, dass das Land da hätte sich noch mehr festlegen müssen, sozusagen die Stellung und Situation behinderter Frauen entsprechend nachhaltig auch zu stützen.

*Wichtig erscheint Ihnen auch der Aspekt Integration behinderter Menschen?*

Ja – es war ja immer Ziel unseres Verbandes, dass blinde Menschen möglichst voll integriert in dieser Gesellschaft leben können. Und Integration um sie sicher durchzuführen, heißt für blinde Menschen, in erster Linie Barrieren abzubauen. Und da geht es um bauliche Barrieren und es geht natürlich auch um Barrieren, die sich im Bereich der Nutzung der modernen Informationstechnik auf tun, z. B. im Bereich des Internet. Die müssen weg, dann denke ich, ist Integration auch tatsächlich umsetzbar.

*Bereits Mitte Februar hat sich ein breites Bündnis von Behinderten- und Sozialverbänden sowie Organisationen gegen den vorliegenden Gesetzentwurf zum Landesbehindertengleichstellungsgesetz zusammengefunden. Was erwarten sie nun in der Folge?*

Wir haben natürlich im Rahmen des Kampfes um das Blindengeld mit so einem Bündnis gute Erfahrungen gemacht, weil es uns in der Durchsetzung unserer Forderungen wirklich stärker hat nicht nur aussehen lassen sondern wir uns auch tatsächlich stärker haben darstellen können. Hier ist es ähnlich, wir müssen immer aufpassen, dass wir von politischer Seite nicht auseinander manövriert werden. Und nun ist es tatsächlich so, dass mitunter die Interessen von den verschiedenen Behindertengruppen ein wenig unterschiedlich sein können und dieses Bündnis trägt einmal dazu bei, dass man die verschiedenen Interessen in angemessener Weise bündelt, aber es soll natürlich auch dazu beitragen, dass wir politisch Schlagkräftiger werden.

*Was sagen sie den Menschen draußen im Lande, was erwarten Sie von den Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens?*

Im Grunde genommen werden es in erster Linie die Schwer- und schwerstbehinderten Menschen sein, die für ein gutes Gleichstellungsgesetz in Niedersachsen kämpfen werden. An die Bürger und Bürgerinnen kann ich nur appellieren, sich vorzustellen, dass es auch für Sie noch viele Barrieren als Nichtbehinderte heutzutage gibt – und wie schön es wäre, wenn man die abbauen könnte. Und für schwerstbehinderte Menschen haben diese Barrieren für die Lebensqualität noch einen viel, viel höheren Stellenwert. Insofern bitten wir um Unterstützung bei den Menschen, dass wir politisch soviel Druck ausüben können, dass wir der Landesregierung vielleicht noch klarmachen, dass dieses jetzt vorgelegte Gesetz unbedingt nachgebessert werden muss. Wir brauchen die Solidarität, auch im Hinblick darauf, dass eine Behinderung jeden ereilen kann und dass es heute darum geht, Teilhabe, Chancengleichheit, Gleichstellung umzusetzen. Dazu muss es auch die notwendigen Rahmenbedingungen geben. Und durch die Solidarität würde man uns dann sehr unterstützen.

*Und wie geht es jetzt unmittelbar weiter?*

Ja wir haben das Bündnis gegründet, wir werden unsere ersten Aktionen am ersten, bzw. am 5. Mai durchführen. Wir planen eine große Postkartenaktion, um die Bevölkerung aufzufordern, sich für unsere Interessen und für unsere Ziele einzusetzen und das entsprechend gegenüber den politisch Verantwortlichen durch eine Unterschrift zu dokumentieren. Wir werden natürlich jede Art von größerer Veranstaltung in Niedersachsen nutzen, um an Menschen, an Unterstützer heranzukommen, unsere Anliegen näher zu bringen, mit einer ähnlichen Zielsetzung wie damals beim Landesblindengeld, dass wir die Politiker ein wenig wachrütteln, dass man hier ein Gesetz vorgelegt hat, das in keiner Weise den Erwartungen der Menschen entspricht.